

7 Fragestunde

Bgm. Nagl:

Unsere Saaluhr zeigt 12.21 Uhr an. Ich darf den ersten Redner, Herrn GR Mag. Gerald Haßler, an das Rednerpult bitten.

7.1 Frage 1: Zinsswaps (GR Mag. Haßler, SPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)

GR Haßler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Mein Thema ist etwas sperrig: die Zinsstrategie der Stadt Graz. Wir verfügen ja seit vielen Jahren über diese Zinsstrategie und die soll ja dazu dienen, dass das Zinsrisiko in unserer Stadt minimiert wird. Im Gemeinderat haben wir jährlich mit dieser Zinsstrategie zu tun, auch im Ausschuss reden wir einmal im Jahr zumindest darüber und uns ist bei dieser Strategie Sicherheit und Planbarkeit wichtiger als kurzfristige Zinsvorteile. Da man davon ausgehen muss, und deshalb haben wir diese Strategie gewählt, dass bei einer Laufzeit von dreißig Jahren und teilweise mehr auch wieder andere Hochzinsphasen kommen können, deshalb setzen wir auch verstärkt auf fix verzinste Zinsen und wir haben auch in den Krisenjahren 2008 bis 2011 variabel bestehende Kreditverträge in fix verzinste umgewandelt, indem man sogenannte Swaps abgeschlossen haben auf fixe Zinsen. So weit so gut, und das kritisiere ich auch nicht, obwohl es mir immer wieder unterstellt wird und mir ist auch immer wieder bewusst und war immer bewusst, dass wir in dieser Phase jetzt mehr zahlen, dass das ein momentaner Nachteil für die Stadt ist, aber wie gesagt, Sicherheit geht vor und bei langfristigen Verträgen sollte sich das ändern.

Was ich kritisiere, sind zwei Swaps, auf die ich gestoßen bin aufgrund eines Prüfberichtes des Stadtrechnungshofes, die aus meiner Sicht die Sicherheitsziele in keinster Weise erfüllen, sondern das Gegenteil eigentlich darstellen. Für mich sind diese Swaps Hochrisikopapiere und ich würde sogar behaupten, dass das ein Spekulationsgeschäft ist, was wir da abgeschlossen haben. Warum behaupte ich das? Weil wir da zwei Swaps abgeschlossen haben, einmal mit 25 und einmal mit 30 Jahren Laufzeit, wo wir die Bindung nur kurze Zeit haben und nach 3 Jahren bzw. 7 Jahren hat nur ein Partner das Kündigungsrecht und das ist die Bank. Das heißt, es gibt eine Einbahnstraße in Richtung Banktresor und wir haben nicht die Sicherheit, die wir uns eigentlich vorgegeben haben, nämlich die Sicherheit, dass wir abgesichert sind auf 30 Jahre, wenn sich die Zinsen drehen, dass wir dann auch einen Ausgleich bekommen. Einen Ausgleich werden wir von diesen Swaps niemals bekommen, weil die Banken durch ihr Kündigungsrecht da einfach die Möglichkeit haben, dann aus dem Vertrag auszusteigen. Diese Verträge, die wir da geschlossen haben, sind nicht gerade billig. Es sind zwei Verträge in Summe über 200 Mio. Euro. Allein im vergangenen Jahr sind daraus Verluste, laut Rechnungshof, von über 6,4 Mio. Euro erwachsen, für heuer erwarte ich einen ähnlichen Betrag und über die Laufzeit hat sich da schon eine stattliche Summe angesammelt. Für mich sind diese beiden Swaps keine Zinssicherung, sie sind das genaue Gegenteil davon, nämlich ein Zins-Roulette, das bereits Millionenverluste verursacht hat und weitere Millionenverluste verursachen wird. Zur Illustration darf ich vielleicht, das habe ich extra in Groß ausgedruckt, damit auch die Kollegen im Gemeinderat das sehen können. Es geht um einen einfachen Punkt, eine Information der Kommerzbank, da sind die Risikoklassen oben und wenn ich von 1 bis 7 die Klassen habe des Risikos, höchstes Risiko mit dem Hinweis, die Verluste dieses Produktes können unbegrenzt sein. Dieses Produkt beinhaltet keinen Schutz vor künftigen Marktentwicklungen, sodass sie erhebliche Verluste erleiden könnten. Mein Kritikpunkt ist auch, dass wir uns auf solche Knebelverträge genau in dem Moment eingelassen haben, wo die Zinskurve am höchsten war und in den nächsten Tagen schon ist die Zinskurve nach unten gerasselt, bis ins Bodenlose teilweise gefallen und ich behaupte, wir waren ein wenig naiv, die Banken haben aber sehr wohl gewusst,

was sie da tun und deshalb stecken wir jetzt in Knebelverträgen, die uns erhebliche Millionen-Verluste bescheren und das ist für mich nicht ok.

*Zwischenruf GR. **Pogner**: Die Frage?*

Haßler:

Nur keine Aufregung, weil das ist ja auch die Spannung für mich, weil diese Auflösung habe ich ja selber noch nicht.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wie hoch waren bisher in Summe die Einnahmen und Ausgaben aus den beiden kündbaren Zins-Swaps, die am 16. Oktober 2008 bzw. 19. März 2009 mit einem Volumen von jeweils 100 Millionen Euro abgeschlossen wurden und welches saldierte Nettoergebnis ergibt sich daraus?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wie hoch waren bisher in Summe die Einnahmen und Ausgaben aus den beiden kündbaren Zins-Swaps, die am 16. Oktober 2008 bzw. 19. März 2009 mit einem Volumen von jeweils 100 Millionen Euro abgeschlossen wurden und welches saldierte Nettoergebnis ergibt sich daraus?

StR. Riegler:

Lieber Herr Mag. Haßler, ich bin ehrlich gesagt ein wenig enttäuscht von Ihnen, denn ich kannte Sie bis dato eigentlich als relativ objektiven Sachpolitiker aus vielen Jahren Finanzausschuss, in dem Sie ja immer dabeigesessen sind, als die jährlichen Zinsrisikostrategiebeschlüsse gefasst wurden. Das, was Sie heute abziehen und seit letzten Freitag, ist blanker Populismus. Blanker Populismus, wenn Sie z.B. sagen, dass es hier um Spekulation ginge, dass es hier um Hochrisiko ginge und dass wir niemals etwas bekommen würden. Ich weiß nicht, woher Sie das haben. Ich verweise nur darauf, dass gerade Ihre Fraktion gerade Experte sein müsste im Zinsrisiko und Finanzrisiko. Immerhin haben Sie gerade in Salzburg und Linz Millionen und Abermillionen entweder in den Sand gesetzt oder in Gefahr begeben. Ich finde es eigentlich wirklich enttäuschend, dass Sie das machen und möchte Ihnen ein paar Dinge dazu sagen. (Appl.)

Der erste Punkt ist, dass Sie sich damit auch selbst beschädigen, denn die Finanzstrategie, die wir haben, ist eine gemeinschaftliche und vom Gemeinderat beschlossene und jeder, der im Finanzausschuss donnerstags sitzt, weiß, es gibt jedes Jahr ein Finanzstück, bei dem Herr Finanzdirektor Kamper sehr, sehr ausführlich sowohl die Marktlage beschreibt, ausführlich auch Gutachten, Stellungnahmen, volkswirtschaftliche Einschätzungen bekanntgibt und daraus ableitet einen Vorschlag für eine bestimmte Entscheidung, bei der es immer um die Frage geht, wie viel unseres Gesamtportfolios an Verbindlichkeiten wollen wir fix und wie viel wollen wir variabel haben. Da sitzen Sie jedes Jahr dabei, sind bestens informiert und beschließen dann gemeinsam einstimmig, in den allermeisten Fällen war es einstimmig, beschließen wir

gemeinschaftlich, wie die Strategie sein soll. Um es ganz klar zu sagen, die Stadt Graz hat sich in den letzten 15 Jahren immer dazu bekannt, und das schrittweise erhöhend, zu einer langfristigen Festzinsvereinbarungspolitik. Es handelt sich hier um keine Spekulation. Spekulation wäre es gewesen, wenn man gesagt hätte, zu irgendwelchen x-beliebigen Zeitpunkten, super, die Zinsen sind eh so niedrig, der Euribor ist sehr niedrig, also schieben wir alles hinüber auf variabel und schauen wir einmal, wie lange das gut geht. Das haben wir nicht gemacht, und im Übrigen auch schon unter Ihrem Parteikollegen Riedler und dann später auch unter dem Herrn Finanzstadtrat Rüscher war immer eigentlich das Bekenntnis dazu, dass man sagt, nehmen wir lieber einen Schirm, nehmen wir lieber einen Gürtel, gehen wir auf Nummer sicher, machen wir eine Festzinspolitik, so wie sie im Übrigen auch der Bund hat. Die gesamten Festzinsanleihen des Bundes sind fest verzinsliche Anleihen. Der Bund hat eine durchschnittliche Verzinsung des Portfolios von 2,5 %, die Stadt Graz liegt ungefähr in dieser Größenordnung bei ca. 2,6 %. Das heißt, wir haben nicht spekuliert, auch meine Vorgänger haben nicht spekuliert, sondern wir sind in der Festverzinslichkeit. Jetzt zu Ihren konkreten Fragen, zu den zwei Swaps. Wir haben uns das jetzt ganz genau jetzt noch einmal angesehen in der Entwicklung. Ich darf Ihnen erfreulich berichten, dass wir kumuliert, in den vergangenen Jahren seit Abschluss der Swaps, 41,6 Mio. Euro Zahlungen hatten und insgesamt aber Zinersparnisse genau aus diesen Swaps von 55,8 Mio. Euro. Das heißt, wir haben in den vergangenen 10 Jahren insgesamt ein Plus von 14 Mio. erzielt, das sich daraus ergibt, dass wir insgesamt aus der Situation, wie sie war, als wir die Swaps abgeschlossen haben, eine vergleichsweise deutlich günstigere Zinsentwicklung hatten. Das heißt, auch der Vorwurf irgendwelcher Millionenverluste geht komplett ins Leere. *(Appl.)*

Haßler:

Herzlichen Dank für die Wortmeldung. Ich glaube, wir reden aneinander vorbei. Ich habe die Zinsstrategie der Stadt nie kritisiert, weil ich sie ja auch selber mittrage. Es geht um zwei konkrete Papiere, und ich darf jetzt schon ankündigen, die werde ich

auch vom Stadtrechnungshof überprüfen lassen, wie Sie mir da vorrechnen wollen, dass genau diese zwei Zinsswaps und es geht um nichts anderes, um keine andere Absicherung, um nichts anderes, es geht nur um diese zwei Swaps, die ein einseitiges Kündigungsrecht der Bank haben und die am Ende des Tages für uns niemals einen positiven Gewinn abwerfen werden können, weil die Banken kündigen werden. Sie haben jetzt mit vielen Worten am Thema vorbeigeredet, deshalb auch meine Zusatzfrage: Sehr geehrter Herr Stadtrat, können Sie mir und dem Gemeinderat heute und hier garantieren, dass wir aus diesen zwei Swaps dann, wenn sich die Zinskurve dreht und die variablen Zinsen über den vereinbarten fixen sind, dass dann die Banken uns das Geld zahlen werden und wenn sie das nicht tun, wer wird dann die politische Verantwortung übernehmen?

Riegler:

Ich kann Ihnen garantieren, dass die Strategie, die der Gemeinderat in den Jahren 2008 und 2009 beschlossen hat, nämlich die Strategie, dass wir vermehrt auf festverzinsliche Finanzierungen gehen, dass die auf Punkt und Beistrich eingehalten wird. Im Übrigen möchte ich Ihnen nur sagen, blicke ich jeder Prüfung des Stadtrechnungshofes gelassen entgegen. Was ebenfalls ein Unsinn ist, da muss ich wirklich das Wort Unsinn verwenden, ist, wenn Sie sagen, wir würden niemals etwas bekommen. Das ist einfach nicht richtig. Schauen Sie, eine Versicherung, die abgeschlossen wird, die versichert einen gegen ein bestimmtes potentiell Risiko. Jetzt ist es auch nicht so, dass eine Hagelversicherung in dem Moment, wenn es das erste Mal hagelt, den Vertrag kündigt. Das ist ja gerade das Geschäft der Versicherung. Ich kann Ihnen das gerne ausführlich erklären, wir machen da gerne einmal ein Privatissimum. Zinsen entwickeln sich schwankend, die gehen einmal runter, die gehen einmal rauf und das ist nicht automatisch gesagt, dass in dem Moment, wo erstmals der variable Zinssatz über dem Festzins wäre, die Versicherung kündigt. Warum sollte sie das tun? Sie hat ja noch 20 Jahre lang die Chance, sich tatsächlich wiederum aus der weiteren Entwicklung etwas zu verdienen. Es ist überhaupt nicht gesagt, dass, was

Sie jetzt insinuieren, ist überhaupt nicht gesagt, dass die Versicherung bei der erstbesten Gelegenheit kündigen würde, wenn es sich zu ihren Ungunsten dreht. Es war auch ganz zu Beginn zu Ungunsten der Versicherung und da ist es durchaus möglich oder es spricht überhaupt nichts dafür, dass die vorzeitig kündigen würden.

**7.2 Frage 2: Machbarkeitsstudie Plabutschgondel - Gemeinderatsbeschlüsse ohne Wirkung?
(GR Swatek, Neos an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Mitglieder des Gemeinderats, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riegler. Ich habe heute eine Frage an Sie bezüglich einem Thema, das uns hier im Gemeinderat ja schon, man könnte sagen, durchaus länger beschäftigt und zwar zum Thema der Plabutschgondel. Konkret geht es mir nach wie vor um die Machbarkeitsstudie. Denn wir haben hier als Gemeinderat mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ im September 2017 einen Beschluss gefasst, der im Punkt 4. ua. die Freimachung von 0,5 Millionen Euro aus dem Investitionsfonds für die erforderlichen Arbeiten zur Konzepterstellung und zur Machbarkeitsanalyse der Plabutschgondel beitragen. Jetzt wissen wir aber, dass diese Machbarkeitsstudien nach wie vor nicht für uns Gemeinderäte öffentlich ist, aber sie ist nach wie vor auch nicht für die Bürgerinnen und Bürger öffentlich. Deswegen haben wir als Opposition in der letzten Gemeinderatssitzung geschlossen den Antrag gestellt, dass man diese Machbarkeitsstudie auch veröffentlicht, damit sich jede Bürgerin und jeder Bürger auch wirklich selbst ein Bild machen kann. In dieser Gemeinderatssitzung ist nun von einem Ihren Parteikollegen aufgekommen, dass es eine Machbarkeitsstudie gar nicht gäbe, sondern nur einzelne Untersuchungen und Teilüberlegungen. Das ist insofern interessant aus zwei Punkten eigentlich: Der erste Punkt, dass uns unser Herr Bürgermeister in der Sitzung des Septembers 2017 mit folgendem Zitat eigentlich

versprochen hat, dass wir über diese Machbarkeitsstudie auch diskutieren werden. Er sagte wortwörtlich: „Geht mit bei den 500.00 Euro für die Machbarkeitsstudie, dann wird es auf den Tisch kommen. Ich glaube, wir haben es fair gemacht, dass es hier lange diskutiert wird.“ Diese lange Diskussion, die läuft zwar, aber ganz und gar nicht auf Zahlen, Daten und Fakten, sondern eher auf schönen aufpolierten Imagevideos und Imagefotos. Das Zweite, was mich dann an dieser ganzen Sache noch sehr interessiert, ist vor allem, dass dieser Beschluss für die Machbarkeitsanalyse durch den Gemeinderat getragen wurde. Das heißt, wir haben diese 0,5 Millionen Euro durch das oberste Organ der Stadt freigegeben und Sie als Eigentümerversorger sind dann in die Generalversammlung der Holding gegangen und haben dort mit Ihrer Stimme auch dazu beigetragen, dass diese Machbarkeitsanalyse erstellt werden sollte. Jetzt gibt es die anscheinend nicht, sondern Teilüberlegungen. Wir haben irgendwo 500.00 Euro ausgegeben, scheinbar für ein paar Teilüberlegungen. Jetzt ist meine

Frage

eigentlich an Sie mehr oder minder, warum fassen wir Beschlüsse, an die sich eh niemand hält? Oder schöner formuliert: Wie kann es sein, dass Beschlüssen, die durch das oberste Organ dieser Stadt gefasst wurden, nicht Folge geleistet wird und infolgedessen keine Machbarkeitsstudie zu geben scheint? (*Allgem. Appl.*).

Originaltext der Frage:

Im September 2017 beschloss der Grazer Gemeinderat mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ die Freigabe von € 500.000,-- für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie rund um das Naherholungsgebiet Plabutsch samt Gondel. Im Sommer 2018 gelangten die ersten Informationen über diese Studie samt der ersten Kostenschätzung in Höhe von 25

Millionen Euro, ans Licht.¹ In nur wenigen Monaten stiegen die vermeintlichen Kosten für die Plabutschgondel auf die heute bekannten knapp 40 Millionen Euro. Bis jetzt hatten weder die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt noch wir Gemeinderäte die Möglichkeit, in die 500.000 € teure Studie Einblick zu nehmen. Bei der letzten Gemeinderatssitzung stellte ich daher im Namen der gesamten Opposition den dringlichen Antrag zur Veröffentlichung dieser Studie. Ihre Fraktion, die ÖVP, und Ihr Koalitionspartner, die FPÖ, stimmten gegen meinen Antrag. Besonders interessant war dabei die Argumentationslinie Ihrer Partei: Eine Machbarkeitsstudie soll es nicht geben, sondern nur „einzelne Untersuchungen und Teilüberlegungen“. Doch auch hier gibt es keinerlei Einsicht.

Dass es jetzt scheinbar doch keine Machbarkeitsstudie geben soll, irritiert. Zum einen, weil scheinbar ein Antrag des Gemeinderates nicht erfüllt wurde und somit der Anschein entsteht, als hätten Sie das höchste Gremium unserer Stadt hinters Licht geführt. Zum anderen aber auch, weil die von Ihnen gelebte Intransparenz nicht mit Ihren eigenen Worten vom September 2017 übereinstimmt. Dort antworteten Sie auf Kritik zum Beschluss der 500.000 € für die Machbarkeitsstudie noch: „Geht mit bei den 500.000,-- dann wird es auf den Tisch kommen. Ich glaube, wir haben es ganz fair gemacht. Das ist eine Idee, die lang diskutiert wird. Jetzt wird es wirklich überprüft.“² Heute diskutieren wir über die Plabutschgondel, aber gänzlich ohne die von Ihnen versprochenen Fakten aufgrund der Machbarkeitsstudie.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Siegfried Nagl, wie kann es sein, dass Beschlüssen, die durch das oberste Organ dieser Stadt gefasst wurden, nicht Folge geleistet wird und es in Folge dessen keine Machbarkeitsstudie zu geben scheint?

¹ <https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5441340/Seilbahn-fuer-Graz-Plabutsch-Studie-erteilt-der-Seilbahn-nun>

² Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 21. September 2017

https://www.graz.at/cms/dokumente/10288714_7768145/deb1ea4c/170921_to.pdf?fbclid=IwAR1lgXv-7wd1QlQa5NngzipOpKHkY856I3DhWkm5XlrcwtvdB5LY7uxek3Ql

StR Riegler:

Wie etwas sein kann, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich kann Ihnen Folgendes dazu sagen:

1. Es gibt derzeit noch keine fertige Machbarkeitsstudie, sondern die Machbarkeitsstudien unterliegen derzeit einer Erarbeitung.
2. Wir wollen ganz bewusst natürlich nicht unseriöserweise Teilüberlegungen, unfertige Überlegungen herausgeben, die dann möglicherweise eben aus irgendeinem politischen Kalkül heraus dann vielleicht missbräuchlich verwendet und vielleicht aus dem Gesamtkontext gerissen zu Fehlinterpretationen führen können. Eine Expertengruppe, die wir eingesetzt haben, empfiehlt daher, die geplante standardgemäße Machbarkeit so rasch als möglich in allen Punkten abzuschließen und im Hinblick darauf auf unbewusste oder bewusste Fehlinterpretationen keine untersuchten Teilbereiche und Zwischenberichte zu veröffentlichen. Das ist die simple Antwort, die Studie, wenn sie fertig ist, wird selbstverständlich einzusehen sein, aber derzeit ist sie eben noch nicht fertig (*Appl.*).

Swatek:

Sehr interessante Antwort, vor allem, da Sie jetzt auf einmal wieder behaupten, man arbeitet nach wie vor noch daran und hat nicht nur Teilüberlegungen erstellt, wie es bei der letzten Gemeinderatssitzung noch gelautet hat. Auch interessant ist, dass es ja mediale Berichterstattung gibt, die sicher nicht die einzelnen Journalisten erfunden haben, in der von der Machbarkeitsstudie die Rede ist und auch davon, dass es in der Machbarkeitsstudie ein grünes Licht für die Plabutschgondel gibt. Und jetzt ist die eigentliche wirklich Frage für mich folgende: Wieso beschließen wir hier im Gemeinderat eine Detailplanung für ein Projekt, das von der die Machbarkeitsstudie noch nicht einmal fertiggestellt ist? Klingt eigentlich für mich ein bisschen fahrlässig, hier mit dem Steuergeld so umzusetzen. Daher die Frage von mir: Auf welche Fakten

legen Sie Ihre Entscheidungen, dass wir hier im Gemeinderat auch eine Detailplanung beschließen können, wenn es keine Machbarkeitsstudie gibt (*Appl.*)?

StR Riegler:

Also mit Verlaub, ich verstehe die Frage nicht, weil ich fasse ja im Gemeinderat keine Beschlüsse und zu den Beschlüssen, die ich in der Holding Graz fasse als Aufsichtsratsmitglied, stehe ich, das habe ich eh schon erklärt. Es gibt natürlich Überlegungen dahingehend, dass es Sinn macht, hier eine Verbindung zu bauen, aber eben die Machbarkeitsstufe als solche ist eben noch nicht da. Deswegen kann ich Ihnen die Frage nicht beantworten, weil ich selber im Gemeinderat keine Beschlüsse fasse.

**7.3 Frage 3: Stationslose Leih-E-Scootersysteme
(GR Dipl.-Betriebswirt Haberler, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Haberler:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Frau Stadträtin, liebe Kollegen, liebe Gäste auf der Zuhörer Bühne. Ganz besonders freut es mich, dass mein Mathematikprofessor Adamek mir zuhört, das ist ein bisschen was Besonders, herzlich willkommen. Frau Stadträtin, in der Bundeshauptstadt Wien haben wir nach dem Abflauen dieser Leihradwelle (*Bgm. Mag. Nagl betätigt die Ordnungsglocke*), es gibt ja diese Leih-E-Scooter, die dazu einladen, dass man sie an jeder Ecke quasi liegen lässt und darüber stolpert auf den schmalen Gassen. Ich habe eine

Frage:

Ist von Seiten solcher Anbieter von Leih-E-Scootersystemen, sind Sie da schon kontaktiert worden bzw. wie werden Sie für einen Fall einer dortigen positiven

Entscheidung von einem derartigen Anbieter reagieren, dass man solche, sage ich einmal, Szenen, dass Leute mit einem Blindenstock oder mit einem Rollstuhl dann nicht vorbeikommen oder vom Gehsteig hinuntermüssen (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

In unserer Bundeshauptstadt Wien sind nach der abgebbten Leihfahrradwelle nun schon mehrere Anbieter von Leih-E-Scootern, so vor allem der US-amerikanische Anbieter Lime, aktiv.

Trotz der vom Wiener Gemeinderat beschlossenen (ortspolizeilichen) Leihrad-Verordnung herrscht gerade auf Straßen und Plätzen sowie schmalen Gehsteigen im I. Wiener Gemeindebezirk mancherorts das totale Chaos durch die abgestellten und abgelegten Leih-E-Scooter.

Daher stelle daher an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

Frage:

„Wurden Sie schon von Anbietern solcher stationsloser Leih-E-Scootersysteme kontaktiert und wie werden Sie für den Fall einer dortigen „positiven“ Entscheidung für Graz reagieren, um ein Chaos, wie es in anderen europäischen Städten, so vor allem in Wien, schon der Fall ist, abzuwenden?“

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Mittlerweile, das hat ja schon im letzten Jahr im Herbst begonnen, haben bereits acht E-Scooter-Betreiberfirmen Interesse bekundet, in Graz in so ein Leihsystem zu installieren. Bis dato wurden den Anbietern angekündigt, dass ein Betrieb eines derartigen Systems nur mit einem Gestattungsvertrag nach dem Landesstraßenverwaltungsgesetz möglich ist, die Inhalte und die Bedingungen, aber

erst auf Basis der Erfahrungen aus anderen Städten bei uns entwickelt werden. Ein internationaler Städtevergleich wurde für den Städtebund bereits durchgeführt und im Rahmen des Verkehrsausschusses des Städtebundes auch präsentiert. Diese Ergebnisse, also die Betriebsbedingungen an einen möglichen Betreiber, werden derzeit geprüft und in Kooperation mit dem Städtebund und der Firma Austria Tech in einem Mustergestattungsvertrag auch eingearbeitet. Ein Erfahrungsaustausch diesbezüglich in Wien findet Ende Mai auch statt. Da die Anbieter in der Regel alle eine recht große Anzahl an Scootern bereitstellen wollen, ist von unserer Seite auf jeden Fall auch daran gedacht und beabsichtigt, die absolute Anzahl zu kontingentieren und mehrere Lizenzen auszuschreiben. Die Details, die Angebotsbedingungen und Standorte der E-Scooter müssen jedoch noch festgelegt werden. In jedem Fall, bevor es zu einer Ausschreibung kommt, werden wir es dem Verkehrsausschuss und selbstverständlich dem Gemeinderat vorlegen und darauf wird dann eine Entscheidung auch getroffen werden (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Zusatzfrage?

Haberler:

Dankeschön. Wie Sie wissen, wird ja die StVO auch verändert und ich habe vor zwei Jahren Sie einmal gefragt, weil es einfach immer ein gewisses Wettrennen auf Gehsteigen gibt mit Fahrrädern, wenn die Straßen quasi verstopft sind und wenn man aus dem Haus herauskommt, überfahren wird so quasi, also, dass man sich fast schrecken muss, dass man zuerst den Kopf herausstreckt und schaut, kommt da jetzt ein Radfahrer. Das ist natürlich mit den E-Scootern noch mehr einladend und da hätte ich von Ihnen quasi nur die Frage, das ist uns wirklich ein Anliegen, dass man auf das explizit achtet und wenn das nicht funktioniert, dass man dann auch wirklich überlegt,

dass man die Lizenz vielleicht z. Bsp. auch entzieht, ob Sie dazu bereit wären? Weil das einfach ein Gefahrenpotential ist, weil die doch mit 25 km/h dahinhobeln.

StRⁱⁿ Kahr:

Ich sehe diese Sorgen ganz genauso. Das ist genau das, was wir auch in unseren Ämtern besprechen und diskutieren, da wird das ja auch geteilt und deswegen gehen wir das auch so behutsam und sorgfältig an und machen da keinen Schnellschuss. Und wenn wir uns gemeinsam zu einer Entscheidung durchringen, dass wir das ermöglichen wollen, dann wäre ich persönlich eine Vertreterin, das auch nur einmal befristet zu machen, um zu schauen, funktioniert das, geht das und das haben wir auch übrigens so bei den ersten Angebotslegungen damals auch, wie es um das Verleihsystem für Fahrräder gegangen ist, gemacht. Und man hat dann gesehen, wie wir diese Bedingungen dann vorgelegt haben und denen wir das überhaupt ermöglichen wollen, sind dann eh plötzlich viele abgesprungen und erst jetzt wieder in letzter Zeit sind neue Vorschläge gekommen. Aber Sie können sich sicher sein, dass wir uns das sehr, sehr sorgfältig, genau aus den genannten Gründen, die Sie angesprochen haben, uns anschauen. Und werden das sowieso dem Verkehrsausschuss dann vorlegen und dann gemeinsam auch diskutieren und entscheiden (*Allgem. Appl.*).

**7.4 Frage 4: Neue Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen -
Evaluierung
(GRⁱⁿ Zitek, KPÖ an Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)**

GRⁱⁿ Zitek:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Mit 1. Oktober 2017 sind die neuen Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen in Kraft getreten. Für den Gemeinderat sind aus unserer Sicht u.a. folgende Fragestellungen interessant:

Wie viele Ansuchen wurden seit Inkrafttreten der neuen Richtlinien gestellt? Wie viele davon mussten abgelehnt werden? Wie viele Personen bzw. Haushalte befinden sich aktuell auf der Warteliste, aufgeschlüsselt nach Haushaltsgröße? Wie viele der AntragstellerInnen sind österreichische Staatsbürger, wie viele aus dem EU/EWR-Raum, wie viele sind Drittstaatsangehörige? Wie viele Räumungsklagen wurden seit Inkrafttreten der neuen Richtlinien eingereicht? Wie viele Delogierungen gab es seitdem? Wie viele Ansuchen um Wohnungswechsel wurden gestellt, wie viele davon konnten bewilligt werden? Wie viele Gemeindewohnungen stehen aktuell leer, wie viele davon werden gerade aktiv angeboten? Bei wie vielen davon ist der Leerstand bedingt durch Sanierungen oder Brauchbarmachungen? Viele Fragen.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, dem Gemeinderat einen Bericht mit Antworten zu den oben genannten Fragestellungen zukommen zu lassen (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Mit 1. Oktober 2017 sind die neuen Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen in Kraft getreten. Für den Gemeinderat sind aus meiner Sicht u. a. folgende Fragestellungen interessant:

Wie viele Ansuchen wurden seit Inkrafttreten der neuen Richtlinien gestellt? Wie viele davon mussten abgelehnt werden?

Wie viele Personen bzw. Haushalte befinden sich aktuell auf der Warteliste, aufgeschlüsselt nach Haushaltsgröße? Wie viele der AntragstellerInnen sind österreichische Staatsbürger, wie viele aus dem EU/EWR-Raum, wie viele sind Drittstaatsangehörige?

Wie viele Räumungsklagen wurden seit Inkrafttreten der neuen Richtlinien eingereicht?

Wie viele Delogierungen gab es seitdem?

Wie viele Ansuchen um Wohnungswechsel wurden gestellt, wie viele davon konnten bewilligt werden?

Wie viele Gemeindewohnungen stehen aktuell leer, wie viele davon werden gerade aktiv angeboten bzw. bei wie vielen davon ist der Leerstand bedingt durch Sanierungen oder Brauchbarmachungen?

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, dem Gemeinderat einen Bericht mit Antworten zu den oben genannten Fragestellungen zukommen zu lassen?

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Ja, Frau Gemeinderätin, viele Fragen. An und für sich ist ja eine Fragestunde dazu da, dass man Fragen beantwortet. Also Sie hätten jetzt Gelegenheit gehabt, über die nächsten Monate der diversen Gemeinderatssitzungen jeweils Fragen zu stellen, dann hätte ich sie natürlich auch im Detail beantwortet, aber ganz konkret auf das Thema: Selbstverständlich werden wir eine Evaluierung machen, das liegt ja auf der Hand, wenn man eine Veränderung von Richtlinien vornimmt, dann ist es logisch, dass man auch die Auswirkungen überprüft. Dazu braucht man ein gewisses Zeitfenster, sonst macht es keinen Sinn. Das heißt, unsere Damen und Herren, die damit beschäftigt sind, haben schon begonnen, das zu erarbeiten. Wir werden auch gerne Ihre Fragestellungen, so sie nicht ohnehin auch dort berücksichtigt gefunden haben, einarbeiten und werden zu gegebener Zeit, das wird aber erst gegen Ende dieses Jahres sein, da auch einen entsprechenden Bericht auflegen können (*Allgem. Appl.*).

Zitek:

Ich bedanke mich im Voraus für den Bericht und für die Antwort. Danke (*Appl.*).

**7.5 Frage 5: Kärntner Straße/Grillweg – geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung
(GRⁱⁿ Schönbacher, FPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadträtin Elke Kahr. Meine Frage bezieht sich auf die Kärntner Straße und zwar durch intensive Bautätigkeit und durch die Eröffnung einer Hofer-Filiale an der Adresse Kärntner Straße 216 ist dort eine sehr schlechte Situation für die Bewohner entstanden und zwar ist es so, dass der Grillweg und die hintere Kärntner Straße mittlerweile als Durchzugsstraße und als Ausweichroute missbraucht werden. Es wird dort sehr schnell gefahren und dadurch entsteht natürlich Verkehrsbelästigung, Lärm und Verschmutzung. Zusätzlich natürlich auch durch die Baustelle, aber auch durch die vielen Autos, die jetzt durchfahren. Dann gibt es dort ein Halteverbot in diesem Bereich und sehr viele Autos parken auch im Haltebereich und zusätzlich dort, wo die Autos parken dürfen, wird so weit nach hinten geparkt, dass man den schmalen Gehweg nicht mehr benutzen kann. Ein Ausweichen der Fußgänger auf die Straße ist fast unmöglich, weil die Straße ohnehin sehr schmal ist und zusätzlich die Autos sehr schnell fahren, deshalb ist das nicht zumutbar. Der Verlauf dieses Bereiches Grillweg/Kärntner Straße lässt schließen, dass das für diese Nutzung als Durchzugsverkehr ursprünglich nicht gedacht war und deshalb wäre es wichtig, mit geeigneten Maßnahmen hier gegenzusteuern. Denkbar wäre z. Bsp., von beiden Seiten eine Einbahn zu machen oder auch andere Maßnahmen zu verordnen. Zusätzlich sollte auch sichergestellt werden, dass der Gehsteig, obwohl er so schmal ist oder gerade dadurch, dass er so schmal ist, auch wirklich durchgängig begehbar ist, weil die Autos einfach so weit nach hinten parken.

Deshalb stelle ich Sie, Frau Stadträtin, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, zeitnah geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um wieder Ordnung in die durch die erwähnten Begleitumstände verursachte Fehlentwicklung zu bringen (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Die derzeit intensive Bautätigkeit im Bereich Kärntner Straße und Grillweg sowie die Eröffnung einer Hofer-Filiale an der Adresse Kärntner Straße 216 haben zu der gegenwärtigen Situation geführt, dass die Verbindung zwischen Grillweg und Kärntner Straße – ebenfalls mit der Adresse Kärntner Straße – als Ausweichroute bzw. Abkürzung missbraucht wird. Naturgemäß haben dadurch nicht nur Verkehrsbelastung, Lärm und Verschmutzung zugenommen, auch die Parkflächen werden – regelmäßig auch trotz Halteverbot – intensiver genutzt. Der ohnehin sehr schmale Gehsteig wird häufig durch Fahrzeuge blockiert. Ein Ausweichen auf die Fahrbahn ist Fußgängern durch die meist überhöhte Geschwindigkeit der vorbeifahrenden Fahrzeuge nicht zuzumuten.

Der Verlauf der Verbindung zwischen Grillweg und Kärntner Straße lässt darauf schließen, dass eine Nutzung dieser Strecke für den Durchzugsverkehr ursprünglich nicht beabsichtigt war. Es wird nötig sein, mit geeigneten Maßnahmen gegenzusteuern. Denkbar wäre etwa, von beiden Seiten eine Sackgasse zu verordnen. Es soll darüber hinaus sichergestellt werden, dass die Gehwege wieder ohne Einschränkungen benützt werden können.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Sind Sie bereit, zeitnah geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um wieder Ordnung in die durch die erwähnten Begleitumstände verursachte Fehlentwicklung zu bringen?

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin. Vor nicht einmal einem Jahr hat hier im Gemeinderat Ihr Parteikollege, GR Lohr, an mich, zum selben Thema eigentlich, eine Frage gerichtet und zwar mit dem Wunsch, für die Wohnhäuser der Kärntner Straße 216 bis 226 eine Verbesserung der Verkehrsanbindung durch eine Zu- und Abfahrt über die westlich der Wohnhäuser gelegenen Straße in die Kärntner Straße zu ermöglichen. Genau diesem Wunsch sind wir damals nachgekommen und haben die Durchbindung zur Kärntner Straße ermöglicht. Des Weiteren wurde die Erna-Diez-Straße an den Grillweg auch angeschlossen, damit auch hier die Bewohner, wie gewünscht, der Wohnanlage 216 bis 226 zufahren können, ohne über die zu Stoßzeiten verkehrsbelastete Kärntner Straße bzw. die Grillwegkreuzung fahren zu müssen. Jetzt stellen Sie mir, ich denke, dass es von den gleichen Bewohnern kommt, genau diametral eine andere Frage. Ich möchte sie Ihnen aber trotzdem beantworten, wo uns hier auf Nachfrage die Stadtbaudirektion mitgeteilt hat, und zwar hat die Stadtbaudirektion gesagt, dass das, was Sie jetzt hier ansprechen, bei ihnen keine Beschwerden diesbezüglich angekommen oder angemeldet wurden. Daher ist von ihrer Seite auch nicht angedacht, Verkehrsbeschränkungen zu verordnen. Zur Parkproblematik: Laut StVO gilt für öffentliche Straßen, dass sie von allen VerkehrsteilnehmerInnen unter den gleichen Bedingungen natürlich genutzt werden können und sollen. Dies gilt natürlich auch für das Parken von NichtanrainerInnen. Wenn Sie aber hier konkrete Damen und Herren oder Familien haben, die hier ein Problem haben, schreiben Sie mir das, sagen Sie mir das, dann mache ich mir selbst ein

Bild davon. Aber bisher bei uns ist nichts eingelangt, auch nicht bei der Stadtbaudirektion und noch einmal, es war ursprünglich genau der Wunsch der Bewohner, das so zu machen (*Allgem. Appl.*).

Schönbacher:

Ich danke für die Beantwortung. Die Zu- und Abfahrt wäre ja auch gegeben, wenn man eine Sackstraße macht. Wenn es diese Maßnahme, die jetzt ergriffen wurde, die ja gut angedacht war, jetzt dazu führt, dass dort jetzt eine Durchzugsstraße ist und dass Autos parken, die jetzt nicht dort wohnen, ist auch klar. Das ist eh ok. Aber, wenn so lange Fahrzeuge bis nach hinten fahren müssen, dass der Gehweg nicht mehr durchgängig ist, weil die Straße so schmal ist, dann erfordert das sehr wohl einer Maßnahme, meiner Meinung nach. Meine Frage, also wenn ich wirklich Bewohner bringe, die das schriftlich einreichen, dass sie sich da beschweren, dann werden Sie sich das noch einmal anschauen und eine Gegenmaßnahme ergreifen?

StRⁱⁿ Kahr:

Immer, wenn wer ein Anliegen hat, schauen ich und auch unsere Kollegen und Kolleginnen im Amt uns das noch einmal an, bitteschön.

Vorsitzwechsel - Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.55 Uhr).

**7.6 Frage 6: Kosten der BIG spezial
(GRⁱⁿ Ribo, Grüne an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Bürgermeister. In meiner heutigen Frage geht es um die Kosten der BIG spezial. Die BIG, die BürgerInneninformation Graz, erscheint jetzt schon seit 44 Jahren und informiert die Grazerinnen und Grazer über aktuelle Ereignisse in der Stadt, in der Stadtregierung, Verwaltung, aber auch über unsere Beteiligungen. Sie wird kostenlos laut der Homepage der Stadt Graz an 140.000 Haushalte im Stadtgebiet und in Umlandgemeinden verteilt und erscheint immer am ersten Samstag im Monat. Zusätzlich zu den regulären Ausgaben, also die letzten Jahre habe ich mir angeschaut, so zwischen acht und zwölf pro Jahr, erscheint auch die BIG spezial. Und wie der Name schon sagt, widmet sie sich speziellen Themen, die eben aus dem Archiv bis zum Jahr 2017 sehr gut nachvollziehbar waren. Ich zähle Ihnen ein paar auf:

2012 zum Thema Stadtentwicklungskonzept,

2015 zum Thema Flächenwidmungsplan,

2016 Reininghaus und

2017 die Gemeinderatswahl 2017.

Und gab es eben zwischen 2012 und 2017 maximal eine BIG spezial insgesamt pro Jahr, hat sich das jetzt eben doch etwas geändert. Der Trend geht eher in die Richtung: 2018 waren es insgesamt drei BIG-spezial-Ausgaben und auch heuer haben wir schon eine gehabt und somit kann ich mir vorstellen, dass es auch mit zusätzlichen Kosten verbunden ist. Deswegen auch meine

Frage

an Sie: Wie hoch waren die Kosten für die BIG-spezial-Ausgaben im Jahr 2018 sowie für die BIG-spezial-Ausgabe zum Thema Grünraum im Jahr 2019 und alles inklusive anteiliger Personalkosten (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage 6:

Die BIG-BürgerInneninformation Graz erscheint seit nunmehr 44 Jahren und informiert die Grazerinnen und Grazer über aktuelle Ereignisse aus ihrer Stadt, der Stadtregierung, der Verwaltung sowie aus allen Beteiligungen. Sie wird kostenlos an 140.000 Haushalte im Stadtgebiet und in ausgewählten Umlandgemeinden verteilt. Die BIG erscheint am ersten Samstag im Monat.

Zusätzlich zu den regulären Ausgaben, diese variieren zwischen 8 bis 12 pro Jahr, erscheint auch die BIG spezial, welche sich - wie der Name bereits verrät - einem speziellen Thema widmet. Über das BIG-Archiv sind die BIG-spezial-Ausgaben bzw. die jeweiligen Themen gut nachvollziehbar:

- *2012 eine BIG spezial zum Thema Stadtentwicklungskonzept*
- *2015 eine BIG spezial zum Thema Flächenwidmungsplan 4.0*
- *2016 eine BIG zu Reininghaus*
- *2017 eine BIG spezial zum Thema Gemeinderatswahl 2017.*

Gab es zwischen 2012 und 2017 maximal eine BIG-spezial-pro Jahr und insgesamt in diesen 6 Jahren vier Ausgaben, so wurden alleine im Jahr 2018 zusätzlich zu den regulären BIG-Ausgaben drei BIG spezial veröffentlicht und auch im heurigen Jahr ist schon eine Sonderausgabe erschienen. Da es also anscheinend einen Trend in Richtung mehr Ausgaben der BIG spezial gibt, tut sich damit natürlich auch die Frage nach den damit verbundenen Kosten auf.

Daher stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs an Sie folgende Frage:

Wie hoch waren die Kosten für die BIG-spezial-Ausgaben im Jahr 2018 sowie für die BIG-spezial-Ausgabe zum Thema Grünraum (inklusive anteiliger Personalkosten) im Jahr 2019?

Bgm. Nagl:

Frau Gemeinderätin, vielen Dank. Diese Frage gibt mir und uns die Möglichkeit, wieder darauf hinzuweisen, dass die Bürgerinformation Graz, kurz abgekürzt BIG, ein besonders Produkt der Landeshauptstadt Graz, für das ich auch immer gerne Werbung mache. Sie fragen mich nach den Kosten bzw. hätten da gerne auch Informationen, was ist da alles inkludiert bei diesen Kosten? Bei einer Auflage von 140.000 Stück, so viele werden jetzt jedes Mal gedruckt, umfassen die Kosten für eine BIG, egal ob es eine BIG spezial ist oder eine BIG Standard ist, immer folgende Kostenpositionen: Die Kosten, die ich dann gleich erwähnen werde, sind drinnen der Druck, die Verteilung, die geht ja an Haushalte, seit dem September 2018 gibt es auch rund 40 Dispenser noch zusätzlich. Da ist dabei Layoutgestaltung, Projektmanagement, Druckaufbereitung, Reprokosten, Redaktion, Fotografie und Lektorat. Also das sind Gesamtpreise, die ich ihnen gleich nennen werde. Je nach Format und Umfang, bildnerische Gestaltung und Verteilungsziele schwanken die Kosten. Die Erstellung von BIG-Zeitungen gehört zum ursächlichen Aufgabengebiet der Öffentlichkeitsarbeit und befasst Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die BIG spezial „Wohnen“ im Jahr 2018 haben wir gebraucht 29.346,30 Euro, für die BIG der „SeniorInnen“ 2018 hat es gekostet 26.566,20 Euro, für die BIG spezial „Schau auf Graz“, die hat gekostet 18.872,25 Euro und die BIG spezial „Grünraum“ 2019 hat gekostet 31.727,06 Euro (*Allgem. Appl.*).

Ribo:

Danke nochmals für die Kosten. Ich glaube, die waren in dem heutigen Stück bei den Eckwerten auch zum Teil dabei, aber nicht eben alle so „Pi mal Daumen“ so um die 25.000 Euro im Durchschnitt. Eine Spezial-Big, das heißt, ja 75.000 Euro für das Jahr 2018, wenn ich es so rechne. Was für mich eher wichtiger ist, das sind auch die Themen, die dort behandelt werden, weil bis jetzt war das immer etwas zu einem

aktuellen Thema, wie z. Bsp. Flächenwidmungsplan, damit die Leute rechtzeitig ihre Einwände ...

Zwischenruf GR Sippel: Grünraum ist auch ein aktuelles Thema.

Ribo:

Natürlich. Gut, dass Sie das auch bemerkt haben (*lacht*). Aber ein anderer Trend ist da erkennbar seit dem Jahr 2018. Also im Jahr 2018 gab es eine BIG zum Thema „Wohnen“, zum Thema „SeniorInnen“, zum Thema „Schau auf Graz“ 2019 „Grünraum“ und man muss eben nur eins und eins zusammenzählen und man kann gleich irgendwie erkennen, wer eben von den Stadtregierungsmitgliedern für diese Themen genau zuständig ist und was da jetzt vielleicht dahintersteckt. Deswegen meine

Frage:

Nach welchen Kriterien wird die Entscheidung getroffen, welchem Thema sich eine BIG spezial widmet? Spielt da die Relevanz, wie bei den Jahren zuvor das Thema bzw. die Info an die Grazerinnen und Grazer eine Rolle? Oder ist es so etwas wie eine Sonderwerbung für die Arbeit der Koalition (*Appl.*)?

Bgm. Nagl:

Ich glaube, Frau Gemeinderätin, ganz, ganz wichtig, wir leben in einer Zeit, in der wir jeden Tag darüber hören, dass es Fake-News gibt. Und wir wissen auch, dass von namhaften Journalisten unlängst gesagt worden ist, noch viel schlimmer als Unwahrheiten sind Halbwahrheiten. Und wir weisen in unseren Fraktionen und in der politischen Arbeit und in unseren Interviews täglich darauf hin, wie wichtig Bürgerinformation ist. Also ist es nicht nur mir sondern, glaube ich, uns allen ein

großes Anliegen, dass es diese BIG gibt zu unterschiedlichen Themen, die meist auch aufbereitet werden von der zuständigen Stelle der Öffentlichkeitsarbeit, so wie es auch in der Vergangenheit war. Es hängt im Großen und Ganzen auch ein bisschen mit dem Fleiß der Stadtregerer zusammen, weil, wenn nichts geschieht (*Allgem. Appl.*), gibt es nicht viel zu berichten. Wenn viel geschieht, kann man viel berichten. Weiters möchte ich Ihnen sagen, weil Sie jetzt so quasi gesagt haben, um Gottes Willen, in dieser wunderschönen Ausgabe, das wäre Koalitionsarbeit. Nein, auf Seite 18 findet sich, ganz wichtig, in dieser Grünraum-BIG der Hinweis auf die bestehenden Förderangebote. Ich habe das jetzt einmal schnell da im Umweltressort von der Stadträtin Schwentner. Also diesen Vorwurf gibt es gar nicht, sondern da kommen, wie gesagt...

Zwischenruf GRⁱⁿ Ribo: Zwei Zeilen von 18.

Bgm. Nagl:

Noch einmal. Sie werden (*lacht*), aber irgendwo auch ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Ribo: unverständlich.

Zwischenruf GR Spath: Keine Zwiesgespräche führen.

Bgm. Nagl:

Von den Förderangeboten?

Zwischenruf GRⁱⁿ Ribo: Nein, von der Oppositionsarbeit...

Bgm. Nagl:

Nein, das ist ja keine Zeitung, das wäre ja Missbrauch, wenn wir da Oppositionsarbeit veröffentlichen würden.

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm. Nagl:

Ich möchte, das ist Regierungsarbeit, Information über die Regierungsarbeit. Aber jetzt kommen zwei wichtige Hinweise. Wenn Sie mithelfen können, mir passiert da drinnen noch viel zu wenig Werbung. Wenn Sie z. Bsp. gute Kontakte haben, wie Sie z. Bsp. zur Novomatic oder so, einfach anrufen, wir schalten ein (*lacht*), (*Allgem. Appl.*). Wir nehmen Einschaltungen und auch mit Rezeptur, Texten und Gefahrenhinweisen, dass wird alles gemacht. Aber und das ist mir...

Zwischenruf GRⁱⁿ Ribo: Von Ihnen hätte ich mir mehr Sachlichkeit erwartet.

Bgm. Nagl:

Jetzt komme ich zur Sachlichkeit zurück, Frau Gemeinderätin. Ein bisschen Spaß soll ja auch dabei sein, glaube ich, und ein bisschen Politik auch. Frau Gemeinderätin, ganz, ganz wichtig: Wir sind jetzt in etwa monatlich bei einer BIG gelandet, ich kann Ihnen sagen, dass wir anstreben, dass wir das nicht nur einmal im Monat machen, sondern 14-tätig, vielleicht ist sogar einmal ein Ziel, dass jeder Bürger und jede Bürgerin von Graz wöchentlich über das informiert wird, was in dieser Stadt auch von unseren

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter Politik geleistet wird und an dem werden wir arbeiten und ich bekomme einfach mit, dass Sie auch diese Information ganz genau lesen (*Allgem. Appl.*).

Zwischenruf GRⁱⁿ Ribo: Meine Frage wurde nicht beantwortet.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.04 Uhr).

Bgm. Nagl:

Die Frage kann ich gerne beantworten. Wir bekommen die Vorschläge meist aus der Öffentlichkeitsarbeit, weil sie ja von allen Abteilungen die Informationen immer wieder sammeln, was los ist und wenn es ein ganz wichtiges Thema gibt, wird es auch gebracht, wie es z. Bsp. bei Wahlen der Fall ist etc., dann werden wir das auch so weiter handhaben.

**7.7 Frage 7: Beruhigung der Zinzendorfgasse
(GRⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer, SPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GRⁱⁿ Marak-Fischer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Bürger und BürgerInnen auf der Zuschauertribüne. Die Zinzendorfgasse ist eine ausgesprochen gut und hochfrequentierte Straße. Viele Fahrradfahrer, viele Fußgänger, mündet dann im Sonnenfelsplatz, der in letzter Zeit, muss man sagen, wirklich auch gut funktioniert. Zur Überraschung funktioniert dieses Konzept der Begegnungszone gut, aber man muss

sagen, ich fahre da selbst mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln, Bus, Fahrrad auch einmal Auto, auch einmal zu Fuß durch. Es ist schon eine Herausforderung für alle, aber es funktioniert, muss man sagen. Nichtsdestotrotz wäre es natürlich angenehmer, wenn sich diese durchaus chaotische Fläche manchmal auch ein wenig beruhigen könnte und es gibt oft schon und von vielen Seiten den Wunsch und die Idee nach einer Verkehrsberuhigung in der Zinzendorfgasse. Es gibt die Idee, einerseits die ganze Zinzendorfgasse autofrei zu machen, also natürlich die Buslinie muss zur Uni fahren, es ist auch wichtig, die Fahrräder hätten dann mehr Platz, auch die Fußgänger und es würde das Ganze vereinfachen. Es gibt aber auch seit einigen Monaten schon die Überlegung, vor allem vonseiten der Studierenden und auch der offiziellen ÖH-Vertreter, dass es ein Verkehrsberuhigungskonzept geben soll, das vorsieht, dass bis zur Hugo-Wolf-Gasse die Autos noch fahren dürfen, dann in der Hugo-Wolf-Gasse die Einbahn umgedreht wird, sodass die Autos über die Hugo-Wolf-Gasse aus der Zinzendorfgasse abfahren können und das letzte Stück dann nur noch dem Bus bzw. Fahrrad- und Fußverkehr offen stehen und die Gastronomie natürlich noch weiter hier auch in Gastgärten investieren könnte, was natürlich gerade diesem Konzept der Stadt für die Menschen statt für den Verkehr oder statt für die Autos zugutekommen würde. Dieses Verkehrskonzept der ÖH wurde dir auch vorgelegt, sehr geehrte Frau Stadträtin, und meine

Frage

ist jetzt ganz insgesamt zu dem ganzen Thema: Wie planst du mit dem seit längerem geforderten Konzept der Verkehrsberuhigung, also konkret dem der ÖH bzw. insgesamt auch den Ideen zur Verkehrsberuhigung in der Zinzendorfgasse, umzugehen (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

Frage,

wie planst du mit dem seit längerem geforderten Konzept zur Verkehrsberuhigung der Zinzendorfgasse umzugehen?

StRⁱⁿ Kahr:

Liebe Alexandra, genauso wie du das angesprochen hast, gibt es schon seit vielen Jahren den Wunsch und auch Überlegungen zur Verkehrsberuhigungen in der Zinzendorfgasse mit unterschiedlichen diskutierten Maßnahmen, eben von Fuzo bis hin zur Fahrradstraße, also da gibt es unterschiedlichste Überlegungen, nicht nur von der ÖH. In einigen Gesprächen mit Gewerbetreibenden, aber vor allem auch mit AnwohnerInnen habe ich auch persönlich diese Gespräche geführt und da habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Vorstellungen teilweise sehr vage sind auch und auch divergierend. Was richtig ist, dass sich die Zinzendorfgasse als Achse von Stadtpark bis zum Zentrum, zum Unicampus eine weitere Aufwertung, was die Aufenthaltsqualität betrifft, durchaus verdient und auch nachvollziehbar ist. Insoferne finde ich das auch positiv, dass der Verein Zinzengrinsen das urbane Mobilitätslabor beauftragt hat, diesbezüglich auch Daten aufzubereiten und Vorschläge zu machen. Das könnte mit ein Schritt sein, um diese Ideen rund um die Zinzendorfgasse erstens einmal zu sortieren und auch tatsächlich weiterzuentwickeln. Erwähnen möchte ich nur, dass wir auch in Kürze die Präsentation der Hüsler-Studie bringen werden, die ua ja auch Uni-Tram-Anbindung untersucht. Ich sage jetzt nicht, dass das dann kommen wird, aber untersucht, und wenn so etwas z. Bsp. im Gemeinderat oder im Verkehrsausschuss nahegetreten werden würde, dann muss man sich das überhaupt überlegen, was bedeutet das, wenn dort eine Straßenbahn durchgeführt werden

würde. Auf jeden Fall möchte ich dir als Antwort geben, dass ich eine weitere Vorgehensweise bezüglich der Zinzendorfgasse-Verkehrsberuhigung nur im Einklang mit dem Bezirksrat mache (*Allgem. Appl.*).

Marak-Fischer:

Vielleicht nur eine kurze Nachfrage, nachdem das jetzt sozusagen danach klingt, dass du noch einige Schritte abwarten möchtest, bevor du weiter darüber nachdenkst: Aber in welchem Zeithorizont befinden wir uns? Weil, wenn wir auf eine mögliche Straßenbahn warten, dann handelt es sich um Jahre. Wie genau stellst du dir den Zeitplan vor und wie ist dein Plan dafür (*Allgem. Appl.*)?

StRⁱⁿ Kahr:

Ich habe gerade gesagt, also der Verein Zinzengrinsen ist an das urbane Mobilitätslabor herantreten, die prüfen und sortieren die genannten Wünsche, das ist auf jeden Fall mitabzustimmen und die Vorgehensweise möchte ich auf jeden Fall mit dem Bezirksrat auch gemeinsam machen, weil da gibt es unterschiedliche Haltungen und Positionen und ich glaube, dass eine Verkehrsberuhigung in der durchaus auch von der ÖH vorgeschlagenen Weg, die ich persönlich durchaus teile, muss ich sagen, aber nur einen Sinn hat, wenn das auch eine Rückdeckung vom Bezirksrat erfährt (*Allgem. Appl.*).

**7.8 Frage 8: Halbjährliche Überprüfung von Ampelphasen in der Nähe von Straßenbaustellen
(GRⁱⁿ Heuberger, ÖVP an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

Heuberger:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Galerie. Meine Frage richtet sich an die vielen Staukrämpfe, die wir momentan in der Stadt haben und durch die notwendigen vielen Straßenbaustellen kommt es bereits ab dem Frühjahr in ganz Graz wiederholt zu starken Verzögerungen des fließenden Verkehrs, wie wir wissen, und die Ampelkreuzungen sind in erster Linie verstopft. Es ist natürlich mir schon klar, dass man in Ampelkreuzungen erst einfahren darf, wenn sie frei ist. Aber man kann es halt in der Praxis nicht immer wirklich so nachvollziehen oder umsetzen, wenn man in einem rollenden Verkehrsfluss schon drinnen steckt und plötzlich bleibt er dann vorne stehen, weil halt wieder irgendwo eine Ampel steckt oder irgendeine Baustelle ist und da stellt sich jetzt nun die

Frage:

für mich an dich, liebe Elke: Ist es möglich, während der intensiven Bauphasen auf unserem Straßennetz in der Stadt vor allem an stark frequentierten Kreuzungen die Ampelschaltungen per halbjährlicher Überprüfung an die jeweils kritischen Gegebenheiten anzupassen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Durch die notwendigen vielen Straßenbaustellen kommt es bereits ab dem Frühjahr in unserer Stadt wiederholt zu starken Verzögerungen des fließenden Verkehrs bzw. werden Ampelkreuzungen verstopft.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrter Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr, die

Frage:

„Ist es möglich, während intensiver Bauphasen auf unserem Straßennetz, vor allem an stark frequentierten Kreuzungen, die Ampelschaltungen per halbjährlicher Überprüfung an die jeweils kritischen Gegebenheiten anzupassen?“

StRⁱⁿ Kahr:

Liebe Ingrid, zu deiner Frage hat mir der im Straßenamt zuständige Ampelfachexperte Folgendes mitgeteilt: Ampelsteuerungen werden im Zuge von Baustellen im Rahmen der verkehrstechnischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten ohnehin immer angepasst. Dies bedarf aber in der Regel einer längeren Planung, Programmier- und auch Umbauphase, die in der Regel mit drei Monaten zu veranschlagen ist. Am Beispiel der Baustelle, die ganz aktuell in der Münzgrabenstraße, die jetzt eingerichtet wurde, hier wurde mit der Erstellung des Konzeptes bereits heuer im Jänner 2019 begonnen. Deshalb ist eine darüberhinausgehende zyklische Überprüfung, so wie du es jetzt angesprochen hast, nämlich alle sechs Monate, weder personell noch auch finanziell derzeit umsetzbar (*Appl.*).

Heuberger:

Ich hätte schon noch eine kleine Anfrage im Anschluss. Es gibt etliche kritische Ampelkreuzungen, besonders fällt mir jetzt ein die Conrad-von-Hötzendorf-Straße zum Schönaugürtel oder aber auch unten am Liebenauer Gürtel, wo bereits die Zulieferung der Magna schon am St.-Peter-Gürtel stecken bleibt, ohne Baustellen. Ob man die nicht doch öfters etwas evaluieren könnte, etwas updaten könnte? Weil wir stecken in Kleinstgebieten im Hintergrund wirklich fest und können z. Bsp. an die Liebenauer Hauptstraße in Stoßzeiten der Magna mit über 10.000 Mitarbeitern nicht ausbiegen. Also, da glaube ich, wäre eine Ampelschaltung im Fluss schon erforderlich.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.10 Uhr).

**7.9 Frage 9: Festakt zu Ehren von Maria Cäsar
(GR Alic, KPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

GR Alic:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Es geht um die Maria Cäsar. Bei der Verabschiedung der Widerstandskämpferin und Zeitzeugin Maria Cäsar im September 2017 hat der damalige Sprecher aus Ihrem Büro, Herr Thomas Rajakovics, einen Festakt und eine offizielle Eröffnung des Maria-Cäsar-Parks angekündigt. Mittlerweile ist die Tafel am Grünanger erfreulicherweise bereits angebracht. Aus diesem Anlass stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Für wann ist der Festakt zur offiziellen Eröffnung des Maria-Cäsar-Parks geplant
(Allgem. Appl.)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bei der Verabschiedung der österreichischen Widerstandskämpferin und Zeitzeugin

Maria Cäsar im September 2017 hat der damalige Sprecher aus Ihrem Büro, Herr

Thomas Rajakovics, einen Festakt und eine offizielle Eröffnung des Maria-Cäsar-Parks

angekündigt. Mittlerweile ist die Tafel am Grünanger erfreulicherweise bereits

angebracht.

Aus diesem Anlass stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Für wann ist der Festakt zur offiziellen Eröffnung des Maria-Cäsar-Parks geplant?

Bgm. Nagl:

Die Flächen im Maria-Cäsar-Park sind derzeit Teil der Baustelle und der Revitalisierungsflächen des Murprojektes, Bau des Kraftwerkes und des Speicherkanales, und im Zuge der Wiederherstellung der Grün- und Böschungsflächen an der Mur wird der angrenzende Park an die neuen Gegebenheiten adaptiert und neugestaltet. Die Planungen für die Adaptierungsmaßnahmen und die Neugestaltung des Areals befinden sich in der Ausschreibung. Eine erste Start-up-Besprechung über diese Neugestaltungsmaßnahmen mit den Beteiligten und den vor Ort ansässigen Institutionen, insbesondere des Jugendzentrums am Grünanger, ist in Vorbereitung. Es ist geplant, den Park nach Fertigstellung und im Anschluss an die Bauarbeiten des Kraftwerkes, das wird voraussichtlich im Jahr 2020 sein, zu eröffnen. Und Sie können sicher sein, dass die von mir sehr geschätzte Frau Maria Cäsar, die uns eigentlich jedes Jahr einen klaren Auftrag auch mitgegeben hat für die Zukunft, dass wir nicht auf sie vergessen werden und das werden wir dann im Zuge dieser Parkeröffnung machen und an sie denken (*Allgem. Appl.*).

Alic:

Ich freue mich und danke für die Antwort. Ich bin ja selber ein großer Freund des Feierns (*lacht*) und alleine deswegen schon (*lacht*) und Maria Cäsar hat ja recht früh erkannt, dass die uniformierten fröhlich singenden Burschen, die da über die Keplerstraße im März 1938 hereingekommen sind, sozusagen nicht nur Gutes im Sinn haben mit unserem schönen Land und unserer Stadt und hat nicht nur sozusagen

erkannt, was zu tun ist, sondern auch etwas getan und das war damals ja ungleich schwerer als heute. Weil, wenn man heute mit der Regierung keine Freude hat, dann schreibst einen Leserbrief oder maulst ein bisschen, aber es wird dir nichts passieren, außer du suchst einen Job beim ORF (*Lachen im Gemeinderatssaal*). Umso mehr wäre es angebracht, das auch unter die Leute zu bringen, was sie geleistet hat und da bin ich schon bei der

Zusatzfrage:

Wird es eine Zusatztafel geben mit der Kurzbiografie oder in kurzen Worten, wo beschrieben wird, was sie geleistet hat für diese Stadt (*Allgem. Appl.*)?

Bgm. Nagl:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, wir haben das Leben von Maria Cäsar mehrfach gewürdigt. Sie war ja auch eine sehr glaubhafte Zeugin dieser unsagbaren Zeit zwischen 1938 und 1945. Sie war ja selbst in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße inhaftiert und hat dort Schreckliches miterlebt, was sie eigentlich Zeit ihres Lebens gar nie richtig aufgearbeitet hat. Sie hat ja auch bekanntlicherweise an den letzten Gedenkfeierlichkeiten, die wir am 1. November immer durchführen, dann auch nicht mehr teilgenommen, weil es ihr eigentlich zu viel war, das immer wieder aufzurühren ihre Erinnerungen und wir haben ja beschlossen bei der Diskussion um die Straßenbenennungen, dass sowieso alle Straßen auch eine dementsprechende Tafel bekommen sollen, wo der Hinweis, warum jemand eine Ehrung bekommen hat. Also es wird automatisch passieren. Danke (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.17 Uhr).

**7.10 Frage 10: Erweiterung der App „Graz Mobil“
(GR Ing. Lohr, FPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrter Herr Stadtrat. Die von der ITG entwickelte App „Graz Mobil“ dient zum Kauf von Öffi-Fahrscheinen am Smartphone und wurde im vergangenen Jahr veröffentlicht. In der derzeitigen Version kann ausschließlich mit Kreditkarte bezahlt werden. Weitere gängige Zahlungsmöglichkeiten wie PayPal und Paybox, wie sie etwa die vergleichbare App „Wiener Linien“ anbietet, sind nicht möglich. Ich habe mir dann auch erlaubt, ein paar Benutzerkommentare, weil auf der Homepage kann man ja Benutzerkommentare hinterlassen von der App, was die Leute so meinen, darf hier drei kurz zitieren: „Endlich eine funktionierende App für den Ticketkauf der Grazer Linien. Gut, die Bezahlungsmöglichkeiten sind nicht so zahlreich, derzeit nur Kreditkarte und man wird erst beim Kauf danach gefragt.“ Ein weiterer: „Ich hätte gerne Zahlungsmöglichkeiten, bei denen ich nicht meine Kreditkartendaten übermitteln muss. Wie wäre es mit Google Play oder PayPal?“ Und der oder die Letzte: „Brauche zehn Minuten, um meine Karte zu kaufen, Kreditkarte kann erst beim Kauf eingegeben werden.“

Das heißt vielfach wird angeraten, stattdessen die App der ÖBB zu kaufen, Fahrscheine in Graz zu verwenden. Diese wäre übersichtlicher und unkomplizierter. Ebenfalls könnte die Integration der Jahreskarte angedacht werden, wie es in der App der Wiener Linien umgesetzt wurde. Daher frage ich Sie, Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs: Sind Sie in Ihrer Eigenschaft als Beteiligungsstadtrat bereit, den Wunsch nach der Erweiterung der App „Graz Mobil“ um weitere gängige Zahlungsmöglichkeiten wie PayPal, Paybox sowie gegebenenfalls auch eine Integration der nicht übertragbaren Jahreskarte an den entsprechenden Stellen zu kommunizieren?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Die von der ITG entwickelte App „Graz Mobil“ dient zum Kauf von Öffi-Fahrscheinen am Smartphone und wurde im vergangenen Jahr veröffentlicht. In der derzeitigen Version kann ausschließlich mit Kreditkarte bezahlt werden. Weitere gängige Zahlungsmöglichkeiten wie PayPal und Paybox, wie sie etwa die vergleichbare App „Wiener Linien“ anbietet, sind nicht möglich. Vielfach wird daher sogar dazu angeraten, stattdessen die App der ÖBB zum Kauf von Fahrscheinen in Graz zu verwenden, da diese übersichtlicher und unkomplizierter ist. Ebenfalls könnte auch die Integration der Jahreskarte angedacht werden, wie es in der App der Wiener Linien umgesetzt wurde.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Sind Sie in Ihrer Eigenschaft als Beteiligungsstadtrat bereit, den Wunsch nach der Erweiterung der App „Graz Mobil“ um weitere gängige Zahlungsmöglichkeiten wie beispielsweise PayPal und Paybox sowie gegebenenfalls auch eine Integration der nicht übertragbaren Jahreskarte an den entsprechenden Stellen zu kommunizieren?

StR Riegler:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Lohr. Also die kurze Antwort, könnte sagen, ja, bin ich bereit. Die etwas ausführlichere Antwort wie folgt: Mit Hochdruck arbeiten wir an der Integration der nicht übertragbaren Jahreskarte. Es muss nur die nicht übertragbare, also die mit Foto sein, denn sonst könnten ja eine ganze Gruppe von Leuten sich ein

Handy quasi teilen und dann mit dem Handy, jeder, der es gerade braucht, Straßenbahn oder Bus fahren. Also ja, da arbeiten wir daran. Weiters darf ich darauf hinweisen, dass wir schon seit Februar 2019 auf der Graz Mobil App die Möglichkeit der EPS-Zahlung haben. Das mag vielleicht dem einen oder anderen kompliziert erscheinen. Ich selbst kann sagen, dass ich schon oft mit EPS-Überweisung gearbeitet habe und das funktioniert eigentlich ganz gut. Der größte Vorteil ist, dass es eine sehr hohe Datensicherheit an den Datenschutz gewährleistet. Es ist keine Registrierung erforderlich und es fallen sowohl weder für den Kunden noch für die Verkaufsseite, also sprich für die Holding, zusätzliche Kosten an. Was PayPal betrifft, ist da vielleicht eine kleine Einschränkung gegeben, bei PayPal ist es nämlich tatsächlich so, dass die schon Gebühren verlangen. Einschätzungen darüber sind, rund vier Prozent des Umsatzes beträgt die Gebühr. Einschätzungen der Graz Linien besagen, dass ein Integrieren von PayPal, wenn das extensiv genutzt würde, bis zu 12.000 Euro pro Jahr an Zusatzkosten verursachen könnte. Insofern bin ich da noch ein bisschen auf der Bremse. Abschließend macht vielleicht das Implementieren von solchen neuen Zahlungsmöglichkeiten und von Änderungen auf der App hat ungefähr eine Vorlaufzeit von sechs Monaten, das heißt, man muss also damit rechnen, wenn man da etwas ändern möchte, dass durchaus auch ein paar Monate Zeit vergeht, bis das funktioniert. Insgesamt aber eben ein klares Ja, bin sehr dafür, da wir natürlich alle Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen und daher auch der Integration der von Ihnen genannten Fazilitäten in die Graz Mobil App (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Lohr:

Eine Zusatzfrage nicht, aber danke, Herr Stadtrat, für die kurze und für die ausführliche Antwort und ich bitte eben, das noch einmal anzuschauen mit den Zahlungs-

möglichkeiten. Es gibt eben sehr viel Grazer, die noch keine Kreditkarte besitzen, beispielsweise ich bin auch so ein Fall und damit wären noch mehrere beförderte Personen und noch mehrere Ticketverkäufe zusammenzubekommen. Danke (*Appl.*).

StR Riegler:

Habe dem nichts mehr hinzuzufügen. Vielleicht noch eine Anmerkung, weil so lobend die ÖBB-App genutzt wurde. Also da darf ich Ihnen sagen, ohne die Kollegen von der ÖBB auch nur im Entferntesten kritisieren zu wollen, aber da habe ich auch schon beim Bestellen von Bahntickets meine blauen Wunder erlebt und nicht zu wenige (*Appl.*).

Ende der Fragestunde um 13.22 Uhr.

Bgm. Nagl:

Danke vielmals, damit ist die Redezeit in der Fragestunde auch schon erschöpft. Bevor ich jetzt zur Tagesordnung komme, möchte ich den Gemeinderat unterbrechen und darf auch sagen warum. Es geht um die Stücke, die wir auch medial auch schon in Diskussion hatten, es geht um die Stücke zum Räumlichen Leitbild und dazugehörig auch um die Bausperre. Wir ringen nach wie vor darum, dass wir ohne Fristversäumnis zu einem Kompromiss kommen und den möchte ich jetzt auch gerne bei mir im Büro versuchen und unternehmen und darf die Fraktionsvorsitzenden und die Raumordnungssprecher zu mir ins Büro bitten. Die Sitzung ist unterbrochen. Ich würde einmal sagen, ist für 20 Minuten unterbrochen.

Unterbrechung der Gemeinderatssitzung von 13.25 Uhr bis 13.50 Uhr.